

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 27.09.2018
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitz

Dälken, Martin

Mitglieder

Ahmed, Malik Waseem

für Müller, Arne

Averdiek, Andre

Bahlo, Dagmar

für Selige, Dieter

Dierker, Heinz

Gröne, Christoph

Jantos, Annette

Krüger, Sebastian

für Hebbelmann, Udo

Schmechel, Peter

ab TOP 5

Springmeier, Wolfgang

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Plogmann, Karl-Heinz

Dimek, Torsten

Otten, Niklas

Protokollführung

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Müller, Arne

Selige, Dieter

Zuhörer/Zuhörerin

Lorenz, Robert

ab TOP 2

Presse

Elbers, Wolfgang

bis TOP 5

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2018 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Grundsteuerreform
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Entwurf des Haushaltsplans 2019 / Stellenplan 2019 Vorlage: MV/027/2018
6.	Entwicklung der NLG-Verfahren im Jahr 2017 - Verfahrensblätter Vorlage: MV/028/2018
7.	Beantwortung von Anfragen
8.	Anfragen
8.1.	Zuschüsse Hochwasserschutz
8.2.	Haushaltsentwurf 2019 als pdf-Dokument

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der

Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Da Ausschussvorsitzender Hebbelmann und auch stellvertretender Ausschussvorsitzender Selige nicht anwesend sind, eröffnet Ratsmitglied Springmeier als ältestes anwesendes Ausschussmitglied die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft. Es wird vorgeschlagen, dass Ratsmitglied Dälken den Vorsitz für die heutige Sitzung übernimmt.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Ausschussvorsitzender Dälken begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 2/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018 wird genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2018 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018

Gegen Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 2/2018 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Grundsteuerreform

Das Finanzministerium Niedersachsen wurde von der Finanzministerkonferenz mit der übergreifenden Koordination der Umsetzung der erforderlichen organisatorischen und IT-technischen Maßnahmen zur Grundsteuerreform beauftragt. Von dort wird mitgeteilt, dass es – unabhängig von der inhaltlichen Ausgestaltung der Reform - erforderlich sein wird, die vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Frist vollständig auszuschöpfen und die neuen Grundsteuerbescheide erst mit Wirkung vom 01.01.2025 an steuerwirksam werden zu lassen. Vom Ablauf her sollen die Finanzämter die Wertfeststellung weitestgehend bis zum 31.12.2023 abgeschlossen und den Kommunen die Grundsteuermessbescheide übermittelt haben. Damit bleibt den Kommunen ein zeitlicher Vorlauf von einem Jahr, um aufgrund der neuen Werte das Messbetragsvolumen zu ermitteln, die Hebesätze festzulegen und die Grundsteuerbescheide bekanntzugeben.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, dass sich zu dem in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018 vorgetragenen Finanzbericht keine gravierenden Änderungen ergeben haben. Zum Stichtag 31.10.2018 werde nochmal ein aktuelles Berichtswesen erstellt, das in den Anfang bzw. Mitte November 2018 stattfindenden Haushaltsklausuren vorgestellt werde.

5. Entwurf des Haushaltsplans 2019 / Stellenplan 2019 Vorlage: MV/027/2018

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf 2019 allen Ratsmitgliedern zu den Fraktionssitzungen am 25. September 2018 zur Verfügung gestellt wurde.

Anhand einer Präsentation gibt er einen Überblick über die Entwurfszahlen 2019 und stellt die wesentlichen Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen gegenüber den Planzahlen (einschließlich Nachtrag) 2018 dar. Im Ergebnishaushalt 2019 wird mit einem Fehlbedarf von rd. 2,7 Mio. € geplant. Aufgrund der positiven Entwicklung der Gewerbesteuer im laufenden Jahr 2018 wird der Gewerbesteueransatz für 2019 mit 21 Mio. € um 2,5 Mio. € höher veranschlagt als im Vorjahr. Die hohen Gewerbesteuerzahlungen des Zeitraums Oktober 2017 bis September 2018, die im Rahmen des Finanzausgleichs 2019 abgerechnet werden, haben jedoch sinkende Schlüsselzuweisungen und steigende Kreisumlage zur Folge, wodurch der veranschlagte Gewerbesteuer-Mehrertrag nahezu „aufgezehrt“ wird.

Zur Gewerbesteuerumlage wird ausgeführt, dass der in 1993 zur Finanzierung der Deutschen Einheit eingeführte Vervielfältiger ab dem Jahr 2020 entfallen wird, so dass zukünftig ein höherer Gewerbesteueranteil bei der Stadt verbleiben wird. Pro 1 Mio. € Gewerbesteuer müssen ab dem Jahr 2020 rd. 84.600 € weniger an Umlage abgeführt werden als aktuell; bei einem für die Jahre 2020 ff eingeplanten Gewerbesteueraufkommen von 20 Mio. € verbleiben also **ab 2020** jährlich rd. 1,7 Mio. € mehr bei der Stadt, was maßgeblich dazu beiträgt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt aus heutiger Sicht keine Fehlbedarfe mehr zu erwarten sind.

Zur Kreisumlage wird darauf hingewiesen, dass die vor wenigen Tagen von Vertretern des Landkreises in Aussicht gestellte Senkung des Umlagesatzes noch nicht im aktuellen

Haushaltsentwurf berücksichtigt ist. Die angekündigte Senkung um 1,5 Punkte würde für die Stadt Georgsmarienhütte für 2019 eine um rd. 570.000 € niedrigere Kreisumlage bedeuten. Nachfolgend werden die in den vergangenen Jahren beim Produkt „KFZ-Zulassung“ entstandenen Jahresergebnisse vorgestellt. Da hier durchweg jährliche Überschüsse von durchschnittlich über 100.000 € entstanden sind, besteht seitens des Landkreises keine Bereitschaft, den bei der Stadt verbleibenden Gebührenanteil zu erhöhen.

Erster Stadtrat Plogmann gibt anschließend einen Überblick über die in den folgenden Jahren geplante Investitionstätigkeit, aus der Kreditaufnahmen für das Jahr 2019 in Höhe von rd. 16,5 Mio. € und für das Jahr 2020 von rd. 15 Mio. € resultieren.

Weitere Informationen zu den geplanten Investitionen werden in den kommenden Fachausschusssitzungen bzw. in den Haushaltsklausuren gegeben.

Abschließend werden die absehbaren Veränderungen zum Stellenplan 2019 (Stellenmehrbedarf, formelle Änderungen sowie Stellenvermerke) dargestellt, auf die auch bereits in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.08.2018 hingewiesen worden war.

Die Präsentation zum Haushaltsentwurf ist dem Protokoll als Anlage beigefügt bzw. zur Vorlage zu diesem TOP eingestellt.

Ratsmitglied Jantos weist auf das Problem der knappen Personalressourcen hin und fragt an, ob die Erledigung der anstehenden Aufgaben mit den vorhandenen Stellen gewährleistet sei und ob die Möglichkeit bestehe, bei den Stellen im technischen Bereich nachzusetzen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, die für 2019 geplanten Investitionen seien personell nicht zu schaffen, so dass man sich in den Haushaltsberatungen Gedanken machen müsse über Prioritäten. Die zuletzt nach der Ausschreibung von bautechnischen Stellen erfolgten Rückläufe seien nicht sehr vielversprechend.

Ratsmitglied Averdiek erkundigt sich, ob die Stadt in jüngster Zeit weitere Beschäftigte an den Landkreis verloren habe.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass die Personalrotation in den Kommunen wie auch im gesamten Arbeitsmarkt hoch sei. Es sei richtig, dass die Stadt qualifiziertes Personal an den Landkreis verloren habe, gleichzeitig seien aber auch Beschäftigte anderer Kommunen zur Stadt Georgsmarienhütte gewechselt. Die Kommunen seien mit dem Landkreis im Gespräch, um gemeinsam zu agieren und nach Möglichkeiten zu suchen, mehr Menschen für die Ausbildung im öffentlichen Dienst zu motivieren.

Ratsmitglied Gröne trägt vor, angesichts der für die kommenden Jahre aufgezeigten Kreditbedarfe halte er es für erforderlich, bis Ende Oktober interfraktionelle Gespräche zu führen, um eine Priorisierung von Maßnahmen zu erreichen.

Ausschussvorsitzender Dälken schlägt vor, zunächst die Haushaltsklausuren abzuwarten.

Ratsmitglied Dierker mahnt an, mit zusätzlichen Anträgen zum Haushalt zurückhaltend zu sein, da weitere Aufgaben sowohl finanziell als auch personell nicht zu schaffen seien.

**6. Entwicklung der NLG-Verfahren im Jahr 2017 -
Verfahrensblätter
Vorlage: MV/028/2018**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann gibt zunächst einen Überblick über das Liquiditätsmanagement in den Treuhandverfahren. Im Jahr 2014 sind 5,7 Mio. € an die NLG ausgezahlt worden, die dort als Einzahlungen in verschiedene Verfahren gebucht wurden. Neben verschiedenen Umbuchungen innerhalb der Verfahren wurde im Jahr 2016 zunächst 1 Mio. € und in 2017 ein Betrag in Höhe von 1,7 Mio. € von der NLG zurückgefordert, so dass aktuell noch liquide Mittel der Stadt in Höhe von 3 Mio. € in verschiedenen Verfahren vorhanden sind. Diese eingebrachte Liquidität geht aus den Verfahrensblättern der NLG nicht hervor, da hier Liquidität und erfolgte Umbuchungen zusammengefasst als „Finanzierungsmittel“ dargestellt werden. Der zum Stand 31.12.2017 ausgewiesene Gesamtsaldo der Verfahren beträgt (einschließlich der aktuell eingebrachten Liquidität von 3 Mio. €) rd. 1,5 Mio. €.

Ratsmitglied Springmeier erkundigt sich, wie die im Verfahren „Obermeyer“ ausgewiesenen Zinsaufwendungen zustande kommen.

Von der Verwaltung wird erklärt, diese Frage müsse mit der NLG geklärt werden.

Ratsmitglied Jantos weist darauf hin, dass aus den nun sehr übersichtlich gestalteten Verfahrensblättern wohl die noch vorhandenen Flächen, nicht aber die noch zu erwartenden Einnahmen hervorgehen. Ihrer Ansicht nach sei zu den einzelnen Verfahren auch eine Finanzkalkulation erforderlich.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass in einem mit Herrn Meyer für Oktober vereinbarten Gesprächstermin geklärt werden soll, ob die NLG entsprechende Kalkulationen liefern könne.

Fachbereichsleiter Dimek gibt nachfolgend einen Überblick über den Kompensationsflächenpool Rittergut Osthoff. Von den für die Stadt verfügbaren 400.000 Punkten sind für verschiedene Maßnahmen bislang 190.701 Punkte verbraucht bzw. vorgehalten. Der entsprechende Gesamtwert von insgesamt rd. 441.400 € wird im Jahr 2018 durch Umbuchungen zwischen den betroffenen Verfahren dokumentiert werden.

Die Übersicht über den Kompensationsflächenpool Rittergut Osthoff ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt bzw. zur Vorlage zu diesem TOP eingestellt.

7. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

8. Anfragen

8.1. Zuschüsse Hochwasserschutz

Ratsmitglied Springmeier fragt an, inwieweit beim Hochwasserschutz mit Zuschüssen gerechnet werden könne.

Fachbereichsleiter Dimek antwortet, dass hierzu in der Sitzung des Fachausschusses IV am 15.10.218 ausführlich berichtet werde.

8.2. Haushaltsentwurf 2019 als pdf-Dokument

Ratsmitglied Averdiek fragt an, ob der Haushaltsentwurf 2019 den Ratsmitgliedern auch als pdf-Dokument zur Verfügung gestellt werden könne.

Von der Verwaltung wird erklärt, aufgrund der Größe des Dokumentes sei die Einstellung in das Ratsinformationssystem nicht möglich, wohl aber ein Versand per email. Interessierte Ratsmitglieder werden daher gebeten, sich bei der Verwaltung zu melden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Dälken
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung